

Beschlussvorlage **öffentlich**

Zur Sitzung	Sitzungstermin	Behandlung
Rat der Stadt	16.06.2014	Entscheidung

Betreff

Duisburger Konsens gegen Rechts: Wir alle sind Duisburg!

Duisburger Konsens gegen Rechts: Wir alle sind Duisburg!

Duisburg ist eine weltoffene und tolerante Stadt. Menschen vieler Nationalitäten, Kulturen und Religionen sind hier zu Hause.

Humanität, Solidarität in unserer Demokratie sind die Grundwerte, die unser kommunales Zusammenleben tragen. Das Miteinander von Menschen verschiedener Herkunft gehört zur Geschichte unserer Stadt und wird ihre Zukunft sein. Wir setzen uns entschlossen für Menschenwürde, kulturelle Vielfalt und Freiheit ein; Grundrechte, die durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geschützt sind. Wenn wir auch morgen in einer offenen und demokratischen Gesellschaft leben wollen, müssen wir heute alle Angriffe abwehren, die diese Gesellschaft abschaffen wollen. Daher gilt es, besonders wachsam zu sein gegen alle nationalistischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Ideologien und Aktivitäten.

Wir sind erschüttert über die Wahl von einem Vertreter einer neofaschistischen Partei sowie rechtsextremen und rechtspopulistischen Gruppierungen und Parteien in den Rat der Stadt Duisburg. Ihre Parolen dürfen in Duisburg kein Gehör finden. Wir wenden uns dagegen, rechtsextremen und rechtspopulistischen Gruppierungen und Parteien ein Podium für ihre hetzerischen Inszenierungen zu geben. Mit Vertreterinnen und Vertretern von diskriminierenden Positionen darf es keine Diskussion auf Augenhöhe geben.

Wir lehnen deshalb die Unterstützung rechtsextremer und rechtspopulistischer Initiativen in den Gremien des Rates geschlossen ab. Die Erfahrung anderer Städte zeigt, dass das Ignorieren solcher Initiativen und eine seriöse demokratische Arbeit in den Ratsgremien Möglichkeiten bieten, Rechtsextremen und Rechtspopulisten den Raum für eigene Inszenierungen zu nehmen. Falls diese die demokratischen Spielregeln in Gremien ausnutzen und für ihre Zwecke missbrauchen, werden wir unsere demokratischen Möglichkeiten nutzen, dem entgegenzutreten.

Die demokratische Auseinandersetzung mit Rechtsextremen und Rechtspopulisten darf aber nicht nur auf die Ratsgremien beschränkt bleiben, sondern fordert die ganze Duisburger Stadtgesellschaft. Wir bitten deshalb auch die Duisburger Medien, rechtsextremen und rechtspopulistischen Gruppierungen und Parteien kein Forum zu bieten. Wir unterstützen die städt. Bildungs- und Kultureinrichtungen (beispielsweise VHS, NS-Dokumentationszentrum) die Gefahren rechtsextremer Ideologien darzustellen

Wir treten gemeinsam aktiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus in der Gesellschaft ein und unterstützen zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich gegen rassistische Stimmungsmache engagieren. Dabei muss klar sein: Gewalt ist keine Lösung. Wir appellieren deshalb an alle politisch Handelnden in Duisburg und darüber hinaus, sich nicht provozieren zu lassen und für eine Auseinandersetzung einen demokratischen und gewaltfreien Weg zu wählen.

Wir wollen ein Duisburg, das Perspektiven für alle die Menschen bietet, die auf dem Boden des Grundgesetzes hier leben und die sich an Recht und Gesetz halten. Wir wollen ein Duisburg, das aus einer stolzen Vergangenheit und einer engagierten Gegenwart eine gute Zukunft für alle Menschen gestaltet. Und wir wollen ein Duisburg, das gemeinsam nach Lösungen sucht, anstatt Probleme dazu zu benutzen, auf dem Rücken von Minderheiten eine menschenverachtende Ideologie wieder salonfähig zu machen.

Finanzielle Auswirkungen im städt. Haushalt:

Nein

Gender Mainstreaming-Relevanz

Nein

Die Darlegung der Geschlechterdifferenzierung entfällt aus sachlichen Gründen:

L I N K